

vertretung beschlossen und von der Aufsichtsbehörde genehmigt oder von dieser angeordnet sei, der Magistrat sofort bekannt zu machen habe, in welcher Ordnung bei den Ergänzungs- und Ersatzwahlen die neuen Wahlbezirke an die Stelle der bisherigen treten. Abg. Zelle begründete den Antrag, der bereits im Juli d. J. eingebracht und der Gemeindefraktion überwiesen, von dieser aber wegen des Schlusses der Session nicht mehr beraten worden war, damit, daß er geeignet sei, die Auflösung einer Stadtverordnetenversammlung zu verhindern. Das Haus möge den Antrag auch jetzt wieder der Gemeindefraktion überweisen. Abg. Hahn erklärt Namens der Conservativen sich für diese Ueberweisung, ohne aber sich für oder gegen den Antrag zu binden. Abg. Büchtemann erhebt gegen den Minister des Innern den Vorwurf, daß er bezüglich der neulichen Berliner Communalwahlen gegen die städtische Verwaltung Stellung genommen und die Gegner derselben unterstützt habe. Die Auflösungsfrage werde um so ernster, wenn in die communalen Wahlen die politischen Kämpfe hineingetragen würden, wie es in Berlin geschehen sei. Abg. v. Minnigerode constatirt als Ansicht der Conservativen, daß der Regierung das Auflösungsrecht zweifellos zustehe. Er bedauert, daß der Vorredner wiederum die Berliner Vorgänge ins Gefecht geführt habe, was um so mehr befremde, da doch die Berliner Stadtverwaltung eine notorisch politische Stellung einnehme. Das Wesen der Selbstverwaltung sei übrigens lediglich eine Delegation der königlichen Gewalt an die lokalen Selbstverwaltungs-Körperschaften. Abg. Löwe (Berlin) führt in gereizter Sprache die vom Abg. Büchtemann begonnene Verherrlichung der Berliner städtischen Verwaltung weiter und greift die Gegner derselben bei den jüngsten Wahlen mit Ausdrücken, wie „bezahlte Subjekte“ u. s. w. an, was den Abg. Gremer zu einem energischen Protest veranlaßt. Abg. Graf Posadowsky führt das Zeugniß des Magistrats selbst dafür an, daß in Berlin die Politik mit den Kommunalwahlen verquickt werde. Die Auflösung in Berlin sei durchaus correct gewesen. Redner erklärt sich dann Namens seiner Fraktion (der Freiconservativen) für eine Ueberweisung des Antrags an die Gemeindefraktion, ebenso die Abgg. Windthorst u. v. Benda. Damit wäre die Discussion ihrem Ende nahe gerückt gewesen, wenn nicht der Abgeordnete Dr. Birchow, dem als Mitantagsteller das Schlußwort zugefallen, aufs neue in scharfer Weise den Minister des Innern angegriffen hätte, dem er vorwirft, bei den Berliner Wahlen unter dem Vorwande der Gerechtigkeit in das Gesetz eingebrochen zu sein, um in der Stadtverordneten-Versammlung einen Bruch herbeizuführen. Die Regierung habe der Socialdemocratie zu diesem Zwecke freie Hand gelassen und sich ohne Berechtigung in den Wahlkampf gemischt. Dies veranlaßt den Minister des Innern zu einer energischen Zurückweisung. Die Abstimmung einer Anzahl von Beamten gegen die Fortschrittspartei sei keineswegs auf einen Druck der Behörde, speciell des Polizeipräsidiums, zurückzuführen, das nur die Schutzleute, wie es seine Pflicht gewesen, zur Ausübung ihres Wahlrechts beurlaubt habe. Der gegentheiligen Behauptung müsse der Minister im Interesse der Ordnung und Moral entschieden Widerspruch entgegensetzen. Auch den Socialdemocraten gegenüber sei die Behörde durchaus correct verfahren; sie habe nur dem Gesetze gemäß gehandelt. Wer gebe denn der Regierung das Recht, den Arbeiterstand von der Ausübung des Wahlrechts auszuschließen, wenn gegen das Socialistengesetz keine thatsächlichen Verstöße vorlägen? Auf den weiteren Vorwurf, den darauf der Abg. Birchow erhob, daß eine willkürliche Behandlung der Wahlflugblätter stattgefunden habe, erwiderte der Minister, daß dies nicht der Fall gewesen, sondern daß jedes Wahlflugblatt sorgfältig geprüft worden sei. An der nunmehr wieder sehr lebhaft gewordenen Debatte theilnahmen verschiedene Abgeordnete, u. A. die Abgg. Windthorst und v. Hammerstein, welche beide betonten, daß die Fortschrittspartei die Polizei gegen die Arbeiter angerufen habe. An der weiter folgenden Debatte, die ohne allgemeines Interesse ist, theilnahmen sich noch verschiedene Abgeordnete. Der Antrag wird schließlich der um 7 Mitglieder verstärkten Gemeindefraktion überwiesen. — Es folgt nun die Verlesung der Interpellation des Abg. Stengel in Betreff der Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Heranziehung der juristischen Personen zu den Gemeindeabgaben in den Landgemeinden der 7 östlichen Provinzen und der Provinz Schleswig-Holstein. Der Antragsteller weist darauf hin, daß ein entsprechender Antrag schon im vorigen Jahre eingebracht sei, daß sich aber bei der Verhandlung darüber ergeben habe, daß der Antrag geographisch zu eng begrenzt war. Der Antrag sei damals der Gemeindefraktion überwiesen worden, aber nicht mehr zur Berathung gelangt, da eine Vorlage in Aussicht stand. Diese sei aber bis jetzt nicht erfolgt und daher habe er die Interpellation gestellt. Der Minister des Innern v. Puttkamer erwidert, daß auch die Regierung von der Wichtigkeit des Gegenstandes durchdrungen sei. Die in der Eröffnungsrede der gegenwärtigen Session angedeutete organische Regelung der Heranziehung zur Kommunalsteuer beschäftige zur Zeit die Staatsregierung aufs ernstlichste und die Verhandlungen seien soweit gediehen, daß die gewünschte Vorlage in Form eines Nothgesetzes unmittelbar nach Neujahr dem Hause zugehen werde.

Die Besprechung der Interpellation wurde darauf beschlossen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Unser Kaiser erfreut sich, von einer leichten Indisposition abgesehen, welche ihn zu Anfang der Woche einen Tag verhinderte, auszufahren, fortgesetzt des besten Wohlbefindens, welches ihm auch am Freitag und Sonnabend voriger Woche gestattete, mit dem zur Theilnahme hier eingetroffenen Großherzoge von Weimar und dem Herzoge von Sachsen-Altenburg bei Königs-Wusterhausen eine Jagd abzuhalten. Nach seiner Rückkehr empfingen beide Majestäten den Besuch der auf der Durchreise nach Kopenhagen in Berlin eingetroffenen Kronprinzlich dänischen Herrschaften, denen zu Ehren am Sonntag ein größeres Diner und Abends Dheegeellschaft im königlichen Palais veranstaltet wurde.

Der Kronprinz hat nach einer herzlichen Verabschiedung von dem spanischen Hofe Madrid verlassen und über Sevilla und Granada die Rückreise angetreten. Die Einschiffung erfolgt in Barcelona, wo das deutsche Geschwader bereits Ende voriger Woche eingetroffen ist. Nach seiner Ankunft in Genua gedenkt der Kronprinz sich sofort nach Rom zu begeben, um dem Könige von Italien einen Besuch abzustatten. Es ist naheliegend, daß der Kronprinz bei dieser Gelegenheit auch dem Papst einen Besuch machen wird. Weder dem einen, noch dem anderen Besuche liegen besondere politische Absichten zu Grunde, wenigleich es auf der Hand liegt, daß die Besuche des Kronprinzen in Rom ein beachtenswerther Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen sind, welche zwischen Deutschland und dem Könige von Italien, wie dem Oberhaupt der katholischen Kirche bestehen.

Der im Jahre 1877 durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte entlassene Bischof von Limburg Dr. Blum ist durch Allerhöchste Ordre vom 3. December begnadigt worden. Obwohl dieser Act nur in Konsequenz der neueren kirchenpolitischen Gesetzgebung erfolgt ist und daher an sich nichts Ueberraschendes hat, so ist er doch mit Recht als ein neues Zeugniß für die ernste Absicht Sr. Majestät des Königs und seiner Regierung, der Wiederherstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche die Wege zu ebnen, erkannt worden. Auf die Haltung der Centrumspartei hat dieser vorförmliche Schritt der Regierung sowie der bevorstehende Besuch des Kronprinzen beim Papste insofern einen Einfluß geübt, als auf ihren Wunsch der bereits für gestern (Mittwoch) auf die Tagesordnung gesetzte Antrag auf Wiederherstellung der aufgehobenen Verfassungsparagraphen vorläufig nicht zur Berathung gelangt ist.

Im Abgeordnetenhaus hat im Verlauf der Woche die zweite Lesung des Staatshaushaltsetats ihren Fortgang genommen. Der Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums wurde ohne Beanstandung genehmigt; die bei verschiedenen Kapiteln gefallenen Aeußerungen einzelner Abgeordneter zeigten, daß auf allen Seiten des Hauses über die Verwaltung des landwirthschaftlichen Ressorts hohe Befriedigung herrscht. Außerdem wurden noch mehrere Kapitel des Justizetats erledigt. Mehrere Sitzungen wurden noch mit Verhandlungen über Anträge und Interpellationen ausgefüllt. Am Donnerstag der vorigen Woche fand die Fortsetzung der Debatte über den Antrag Stern auf geheime Abstimmung bei den Landtags- und Communalwahlen statt, welche mit der Ablehnung des Antrages endete. Der Umstand, daß die Nationalliberalen mit den conservativen Fraktionen gegen den Antrag stimmten, hat zu erneuten erbitterten Angriffen der Linksliberalen auf ihre „Freunde“ Anlaß gegeben. Am letzten Mittwoch gelangte der fortschrittliche Antrag auf Abänderung der Städteordnung, welcher den Zweck hat, die Auflösung von Stadtverordneten-Versammlungen unmöglich zu machen, zur Verhandlung. Auch hier wurde, wie beim Antrag Stern, die Debatte sehr bald von dem sachlichen in das persönliche Gebiet hinübergespielt und namentlich der Minister des Innern verdächtigt, bei den jüngsten Communalwahlen in Berlin die Gegner der städtischen Verwaltung in gesetzwidriger Weise unterstützt zu haben, eine Insinuation, welche der Minister in energischer Weise und unter Constatirung des vollkommen correcten Verhaltens der Regierungsorgane unter lebhaftem Beifall der Rechten zurückwies. Die Debatte endete mit der Verweisung des Antrages an die Gemeindefraktion.

Dem neulichen Verluste eines fortschrittlichen Reichstagsmandats in Stralsund ist jetzt ein weiterer gleicher Verlust in Kulmbach gefolgt, wo 1881 der fortschrittliche Abg. Herz gewählt war und jetzt der freiconservative Freiherr zu Aufseß gegen den fortschrittlichen Kandidaten den Sieg davon getragen hat.

In Köslin ist an Stelle des Kriegsministers v. Rameke der conservative Amtsrichter von Unruh zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses gewählt worden.

Von den sieben Nachwahlen, welche in Berlin für die Stadtverordnetenversammlung stattzufinden hatten, sind zwei zu Gunsten